

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 07 3. April 1996

➔ **Nachlese zu den Wahlen** Seite 2

Der Wiedereinzug der „Republikaner“ in den Landtag von Baden-Württemberg läßt vermuten, daß sich die Ultrarechten im Südwesten der Republik als politische Kraft etabliert haben. Eine entsprechende Ausdehnung auf Bundesebene ist allerdings nicht wahrscheinlich. In Schleswig-Holstein haben die Rechtsextremisten ihr Wahlziel verfehlt. Bei Jugendlichen genießt die DVU jedoch bedenklich hohe Sympathiewerte.

➔ **„Republikaner“ und der „rechte Narrensaum“** Seite 5

Trotz aller Abgrenzungsbekundungen des REP-Bundesvorsitzenden Schlierer halten Parteimitglieder an der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten fest.

➔ **Ein Vorbild für Kameraden** Seite 6

Der unter Mordverdacht stehende Neonazi Thomas Lemke aus Gladbeck ist kein notorischer Einzelgänger.

➔ **Feindbild „Weltjudentum“** Seite 8

Zwischen islamischen Terroristen und westlichen Revisionisten gibt es viele Gemeinsamkeiten.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Nachlese zu den Landestags-
wahlen 1996:

REP-Bastion im Südwesten

Einen Rechtsaußenpolitiker mindestens dürfte es geben, den der jüngste Wahlerfolg der REP in Baden-Württemberg vor Ärger nicht ruhen läßt: Franz Schönhuber, den abtrünnigen langjährigen Chef der „Republikaner“, der mit seinem Austritt aus der Partei im Herbst vergangenen Jahres sogleich ihr Ende prophezeit hatte. Daran bastelte Schönhuber in den vergangenen Monaten auch fleißig mit, wartete man rechts von den REP doch nur noch auf die Wahlniederlage. Der dann fällige Rücktritt Rolf Schlierers von seinem Amt als Parteivorsitzender sollte den Impuls für eine neue Rechtspartei geben. Noch kurz vor den Wahlen stellte Schönhuber außerdem die baldige Gründung einer neuen Partei in Aussicht.

Doch in Baden-Württemberg gehen die Uhren offensichtlich anders. Die Schlierer-Partei hat es allen Wahlprognosen zum Trotz geschafft, mit einem kaum nennenswert verschlechterten Wahlergebnis wieder in den Landtag von Baden-Württemberg einzuziehen. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis haben 437.186 baden-württembergische Wählerinnen und Wähler der auch vom Landesamt für Verfassungsschutz als rechts-extremistisch eingestufen Partei ein Wahlergebnis von 9,1 Prozent und 14 Abgeordnetensitze beschert (1992: 10,9 Prozent, 539.014 Wählerstimmen, 15 Mandate).

Kein bundesweiter Trend

Ob sich die Schlierer-Partei damit allerdings wieder auf Konsolidierungskurs befindet, mag derzeit dahingestellt bleiben. Das Ziel des seit Dezember 1994 amtierenden Bundesvorsitzenden, seine REP „rechts von der politischen Mitte“ zu etablieren und die Partei auf ein rechtskonservatives Profil zurechtzuschneiden, ist in der Gesamtpartei immer noch heftig umstritten. Davon zeugt nicht zuletzt der Ist-Zustand der REP, die bundesweit auf ein Mitgliederpotential von etwa 12.000 zurückgefallen sind (1994: 20.000; 1993: 23.000). Die ostdeutschen Landesverbände dümpeln vor

sich hin, der einst wichtige NRW-Landesverband ist von Finanz- und Führungskrisen gebeutelt; in Bayern, mit 5.000 Mitgliedern der mit Abstand stärkste REP-Landesverband, mußten die REP bei den jüngsten Kommunalwahlen eine kräftige Abfuhr hinnehmen (1,8 Prozent, 1990 5,3 Prozent). Überhaupt schwebt über der Partei immer noch der Schatten des Übervaters Franz Schönhuber, der seine Anhänger auf einen rechtsextremen Kurs beschwören will. Eine bundespolitische Neuorientierung, wie sie die von Schlierer jetzt angekündigte Parteireform und die erwogene Kandidatur zu den Bundestagswahlen 1998 darstellt, dürfte sich daher als ziemlich mühsam erweisen.

Es hat eher den Anschein, daß sich die Schlierer-Partei (rund 2.000 Mitglieder in Baden-Württemberg) im Südwesten der Republik verankert hat, auch in Rheinland-Pfalz (600 Mitglieder) konnten die REP ihren Stimmenanteil von 2,0 auf 3,5 Prozent verbessern.

Neuer Alterspräsident

Das von den „Republikanern“ in Baden-Württemberg erzielte Wahlergebnis zeugt von einer gewissen Kontinuität. Von den bisherigen REP-Abgeordneten sind acht Parlamentarier wieder im künftigen Landtag von Baden-Württemberg vertreten: Ulrich Deuschle (WK Kirchheim 12,3 Prozent; 1992:15,7), Wolfram Krisch (Ludwigsburg 11,8 Prozent; 12,6), Rolf Schlierer (Bietigheim-Bissingen 11,9 Prozent; 12,9), Michael Herbricht (Eppingen 12,7 Prozent; 14,8) Heinz Troll (Bruchsal 11,8 Prozent; 13,0), Lothar König (Calw 13,1 Prozent; 14,6), Klaus Rapp (Enz 15,4; 17,0) und Rolf Wilhelm (Hechingen-Münsingen 10,1 Prozent, 13,0). Neu einziehen in das Landesparlament werden der baden-württembergische REP-Landesvorsitzende Christian Käs, Landesgeschäftsführer Alfred Dagenbach, Egon Eigenthaler, Alexander Schonath, Eduard Hauser und Josef Huchler. Den Einzug nicht mehr geschafft haben die bisherigen REP-Landtagsabgeordneten Horst Trageiser, Rudolf Bühler, Liane Offermanns und Karl August Schaal. Mit dem neu gewählten Eduard Hauser (Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen 7,5 Prozent, 1992:6,2) werden die „Republikaner“ für die konstituierende Sitzung des neuen Landtags auch den Alterspräsidenten stellen.

Gabriele Nandlinger

In Schleswig-Holstein:

Gerade noch davongekommen

24. März, 18.40 Uhr: Erleichterung im Kieler Landeshaus, denn die DVU hat den Wiedereinzug ins Landesparlament von Schleswig-Holstein verpaßt. Bei den Landtagswahlen im nördlichsten Bundesland brachte sie es auf 4,3 Prozent (64.330 Stimmen) nach 6,3 Prozent (93.295) vor vier Jahren. Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) kratzte gerade einmal 0,2 Prozent (3.138 Wähler) zusammen. (Die DLVH-Hochburg Ditmarschen Süd brachte als Maximalwert 0,9 Prozent). Der millionenschwere Wahlkampf des DVU-Chefs Gerhard Frey ist also weitgehend verpufft. Von den 29.000 Stimmen weniger im Vergleich zu 1992 gingen rund 18.000 zur CDU. Das ermittelte die Forschungsgruppe Wahlen von infas.

Ihre Hochburgen hat die DVU aber regional halten können, auch wenn dort einige Prozentpunkte abbröckelten. In sechs von 45 Wahlkreisen ließ die DVU die FDP hinter sich, in einem Fall war sie sogar drittstärkste Kraft noch vor den Grünen. In insgesamt zehn Wahlkreisen schaffte die DVU die Fünf-Prozent-Hürde, in zehn weiteren lag sie über ihrem Landesdurchschnitt. In einem Wahlkreis (Husum-Land) gelang ihr das Kunststück, besser als 1992 abzuschneiden. Besonders viele Kreuze auf dem Stimmzettel bekam die DVU in Lübeck (vier Wahlkreise) mit 6,3 Prozent (1992 9,2 Prozent), in den Lübecker Problemstadtteilen Moisling und Kücknitz (dort wohnten auch die Synagogen-Brandstifter) holte sie sogar 6,8 Prozent. Im Arbeiterviertel auf dem Kieler Ostufer erhielt die DVU 5,6 Prozent, in Neumünster 5,8 Prozent, in Reinbek 5,0 Prozent. Im äußersten Südosten des Landes, im Herzogtum Lauenburg (drei Wahlkreise) votierten 6,1 Prozent der Wähler für die DVU (1992: 7,9 Prozent).

Der DVU-Wahlkampf beschäftigte auch die Justiz bzw. wird diese noch beschäftigen. Nach einer SPD-Veranstaltung nahe Kiel zum Thema „Rechtsextremisten im Landtag“ zierten DVU-Aufkleber die Privatautos der Veranstaltungsbesucher, darunter auch die gerade ausgeschiedene Landtagspräsidentin und neue SPD-Fraktionschefin Ute Erdsieck-Rave. Die Betroffenen erstatteten Strafanzeige wegen Sachbeschädigung. Vor Gericht obsiegte die DVU gegen den Privatsender

SAT 1, der einen Wahlspot wegen Fremdenfeindlichkeit und Aufstachelung zum Rassenhaß zunächst nicht senden wollte, dann aber doch ausstrahlen mußte. Daß DVU-Aktivitäten und -wahlkampf fremdgesteuert waren, zeigte sich auch daran, daß eine parteiübergreifende Veranstaltung im Kreis Pinneberg gegen die dort massive DVU-Werbung von DVU-Anhängern aus München und Solingen besucht wurde. Die Rechtsextremisten versuchten, die Veranstaltung zu stören und fotografierten die Initiatoren und Teilnehmer.

Wenige Tage vor der Wahl waren in Neumünster gefälschte Flugblätter, die mit dem Konterfei und der vermeintlichen Unterschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Lamp (Wahlkreis Neumünster/Plön) versehen waren, aufgetaucht. Die Flugschriften hatten ausländerfeindliche Phrasen zum Inhalt. Es hieß darin, das deutsche Volk würde „holocaustiert“, ausländische Geheimdienste würden die Deutschen zur Minderheit im eigenen Volk machen. Lamp und seine Partei haben Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt.

Als Reaktion auf den Ausgang der Landtagswahl kündigte die rechts von der CDU/CSU angesiedelte DSU an, am 1. April unter der Regie ihres Landesbeauftragten Helmut Reichmann einen neuen Landesverband Schleswig-Holstein gründen zu wollen. Nach Aussage der DSU ist angeblich der innere Friede durch Asyl- und Sozialbetrug sowie durch Ausländerkrawalle bedroht. Deutschen Interessen müsse eindeutig Vorrang eingeräumt werden.

Nach diesem Wahlausgang mit Blickrichtung der Rechtsextremisten sollten sich die demokratischen Parteien jedoch keineswegs zurücklehnen - die nächsten Wahlen kommen bestimmt. Dann treten auch wieder viele Erstwähler an die Urnen. Nachdenklich stimmen sollte eine diesbezügliche Erhebung mit durchaus statistischem Anspruch des Jugendverbands Neumünster. Dieser befragte parallel zur Landtagswahl insgesamt 1884 14- bis 17jährige Jugendliche nach deren Wahlvotum, dürften sie denn eine Stimme abgeben. Dabei entschieden sich 10 Prozent für die DVU. Der DVU-Anteil unter Haupt- und Realschülern war mit 17,7 und 19,7 Prozent sogar noch höher. Die infas-Wahlforscher haben übrigens herausgefunden, daß rund 3,0 Prozent der bis 24jährigen Jungwähler/innen der DVU ihre Stimme gegeben haben. Bis zum Urnengang als Erstwähler scheint sich der Rechtspopulismus dann also offenbar abzuswächen. Diese Zahlen mahnen eigentlich weiteren Klärungs- und Forschungsbedarf durch die demokratischen Parteien an.

Horst Freires

REP-Hochburgen in Baden-Württemberg

In 19 von 70 baden-württembergischen Wahlkreisen wurden die „Republikaner“ drittstärkste Partei vor den Grünen oder der FDP; in Klammern dahinter Ergebnisse von 1991:

Stuttgart III 12,5 Prozent (15,2)
Kirchheim 12,3 Prozent (15,7)
Göppingen 11,3 Prozent (14,4)
Backnang 13,5 Prozent (15,6)
Heilbronn 13,1 Prozent (14,2)
Eppingen 12,7 Prozent (14,8)
Neckarsulm 13,2 Prozent (13,7)
Main-Tauber 8,9 Prozent (11,1)
Heidenheim 11,9 Prozent (14,8)
Bruchsal 11,8 Prozent (13,0)
Rastatt 9,8 Prozent (11,7)
Mannheim I 10,1 Prozent (12,4)
Neckar-Odenwald 9,1 Prozent (9,9)
Pforzheim 13,5 Prozent (18,5)
Calw 13,1 Prozent (14,6)
Enz 15,4 Prozent (17,0)
Balingen 10,7 Prozent (10,6)
Biberach 10,9 Prozent (11,0)
Sigmaringen 9,7 Prozent (9,7)

Überdurchschnittliche Wahlergebnisse holten die REP darüberhinaus noch in folgenden Wahlkreisen:

Stuttgart IV 9,6 Prozent (13,6)
Böblingen 9,8 Prozent (11,9)
Leonberg 9,6 Prozent (11,7)
Esslingen 9,4 Prozent (13,0)
Nürtingen 10,6 Prozent (10,0)
Geislingen 9,9 Prozent (13,4)
Ludwigsburg 11,8 Prozent (12,6)
Vaihingen 9,5 Prozent (11,0)
Bietigheim-Bissingen 11,9 Prozent (12,9)
Waiblingen 10,6 Prozent (13,5)
Schorndorf 12,9 Prozent (15,7)
Hohenlohe 10,6 Prozent (13,3)

Schwäbisch Hall 12,3 Prozent (9,9)
Schwäbisch-Gmünd 9,9 Prozent (11,3)
Bretten 9,3 Prozent (13,2)
Rottweil 9,5 Prozent (9,1)
Hechingen-Münsingen 10,1 Prozent (13,0)

Ergebnisse in Rheinland-Pfalz

Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz vom 24. März konnten die rechtsextremen „Republikaner“ ihren Stimmenanteil auf 3,5 Prozent (= 71.460 Wählerstimmen; 1991: 2 Prozent und 43.480 Wählerstimmen) steigern. Ihr bestes städtisches Wahlergebnis erzielten die REP in der Stadt Ludwigshafen mit 8,2 Prozent (1991: 3,1 Prozent). Überdurchschnittliche Ergebnisse (über fünf Prozent) holten die REP ferner noch in folgenden Städten (in Klammer die Vergleichszahlen von 1991): Frankenthal 6,4 Prozent (3,8), Kaiserslautern 5,3 Prozent (2,9), Pirmasens 5,1 Prozent (2,3), Speyer 6,3 Prozent (2,8) und Worms 5,8 Prozent (3,4). In den Wahlkreisen Ludwigshafen I (WK 35) und Ludwigshafen II (WK 36) erzielten die REP mit 8,5 Prozent (3,3) bzw. 8 Prozent (3,0) ebenfalls Spitzenwerte. Über der Fünf-Prozent-Marke lagen sie ferner in folgenden Wahlkreisen: Worms 5,8 Prozent (3,4), Frankenthal 6,3 Prozent (3,5), Mutterstadt 5,5 Prozent (2,9), Speyer 6,1 Prozent (3,1), Kusel 7,3 Prozent (3,4), Kaiserslautern I 5,7 Prozent (3,1; im WK Kaiserslautern II schrammten die REP mit 4,9 Prozent <2,4>knapp darunter), Kaiserslautern-Land 6,2 Prozent (2,8), Pirmasens 5,0 Prozent (2,4) und GERMERSHEIM 6,4 Prozent (3,6).

Die NPD holte in Rheinland-Pfalz insgesamt 0,4 Prozent (7.619) Wählerstimmen; die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ kam auf 386 Wähler (0,0 Prozent).

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

„Republikaner“ und der „rechte Narrensaum“

Immer wieder hat der Bundesvorsitzende der „Republikaner“ Rolf Schlierer (41) behauptet, seine Partei arbeite in keiner Weise mit verfassungsfeindlichen Organisationen zusammen. Tatsächlich aber existieren in Baden-Württemberg vielfältige Kontakte bis in die neonazistische Szene hinein. So haben etwa drei REP-Landtagskandidaten aus dem Rhein-Neckar-Kreis vergangenes Jahr zusammen mit Vertretern von NPD, DVU und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) an einem „Runden Tisch“ in Ludwigs- hafen teilgenommen.

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg legte Innenminister Frieder Birzele (SPD) weitere Beweise für eine Zusammenarbeit vor. So soll der Tübinger Neonazi Alois Hogh (29) nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes im Fahrzeug des REP-Landtagsabgeordneten Karl-August Schaal (60) unterwegs gewesen sein, um Wahlplakate der „Republikaner“ aufzustellen. Hogh war am 16.05.1995 vom Stuttgarter Landgericht im sogenannten „Bewegungsprozeß“ wegen Weiterführung der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) zu einer zehnmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden. Der ehemalige baden-württembergische FAP-Landesvorsitzende hatte sich im Mai '91 an der Gründungsversammlung der „Deutschen Reichsjugend“ (DRJ) in Villingen-Schwenningen beteiligt. Hogh gilt außerdem als Initiator der geplanten Gründung einer „Kameradschaft Stuttgart“ im November 1994 in Stuttgart-Weilimdorf.

Hogh und Schaal trafen sich am 15. Februar 1996 bei einer Saalveranstaltung in einer Gaststätte in Kusterdingen (Kreis Tübingen). Dort waren unter anderem Rainer Baber (Ex-Mitglied der verbotenen „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands“ (HVD), Axel Heinzmann (notorischer Rechtsaußen aus Tübingen), Edda Schmidt (früher „Wiking-Jugend“) und Hans-Heinrich Ebner (NPD-Aktivist) anwesend. Baber war im August '94 in Luxemburg anlässlich des gescheiterten „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches“ festgenommen worden.

Rechtsabweichler auf der Kandidatenliste

Bei der Veranstaltung in Kusterdingen soll der ehemalige REP-Abgeordnete Schaal sinngemäß geäußert haben: „Ich bin hier, obwohl ich mich hier gar nicht blicken lassen dürfte“. Schon in der Vergangenheit gab es wiederholt Kontakte der „Republikaner“ zu dem von ihnen geschmähten „rechten Narrensaum“. Im Sommer '94 wurde bekannt, daß einzelne REP-Funktionäre mit Angehörigen der verbotenen HVD, der ebenfalls verbotenen „Wiking-Jugend“, des inzwischen aufgelösten „Forum 90“ und des „Freundeskreises 'Ein Herz für Deutschland'“ zusammengearbeitet hatten. Ende 1995 stellte sich heraus, daß der Karlsruher Vorsitzende der „Republikanischen Jugend“ Markus Burkhard (19) ebenfalls in der rechtsextremistischen Szene verkehrte (vgl. BNR 25-26/95).

Wie der Süddeutsche Rundfunk kürzlich aufgedeckt hat, beteiligten sich entgegen der offiziellen Abgrenzungsbeschlüsse verschiedene REP-Aktivistinnen auch an „Runden Tischen“. Die Heidelberger Kreisvorsitzende und REP-Landtagskandidatin Ellen Geyger, der Heidelberger REP-Stadtrat und REP-Landtagskandidat Werner Beck und der Rentner Wolfgang Friedl (ebenfalls REP-Landtagskandidat) nahmen nach eigenem Bekunden im Oktober '95 an einem solchen Treffen in Ludwigs- hafen teil. Dort trat Peter Dehoust (Herausgeber von „Nation+Europa“) als Redner auf. Beck hat außerdem die „Pulheimer Erklärung“ („Wir brauchen jetzt ein kraftvolles Signal der Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von Rechts“) unterschrieben, in der zur Einheit der rechten Bewegung aufgerufen wird. Dem Koordinierungsausschuß gehört u.a. der langjährige rechtsextreme Kader Hans Rustemeyer an, gegen den jetzt ein Parteiausschlußverfahren der „Republikaner“ laufen soll.

Entgegen der bisher geübten Praxis verzichtete Schlierer bislang weitgehend auf Parteiausschlußverfahren. Was das Verhalten des ehemaligen Tübinger MdL Schaal angeht, vermutet der REP-Bundesvorsitzende eine Falle: „Ich schließe inzwischen nicht mehr aus, daß gezielt vom Verfassungsschutz beauftragte und bezahlte Personen auf den Abgeordneten Schaal angesetzt wurden.“

Sönke Braasch/Klaus Stark

Im Rampenlicht

Ein rechtsextremistischer Autor ist ins Visier der Ermittlungsbehörden geraten. Er wird verdächtigt, an den Briefbombenattentaten in Österreich beteiligt gewesen zu sein.

Im vergangenen Februar fand bei Eberhard Hefendehl, dem Herausgeber der neonazistischen Hetzpostille „Der Scheinwerfer“ und Inhaber von Odal-Druck und Verlag (Sitz: Rodach-Sülzfeld/Bayern) eine Hausdurchsuchung statt. Die Hausdurchsuchung galt diesmal jedoch nicht Hefendehl, Aktivist der NSDAP/AO und einst Mitglied der NPD, sondern dem Wiener Rechtsextremisten Otto Rudolf Braun, einem Mitarbeiter des „Scheinwerfers“, der sich nach Erkenntnissen des Coburger Amtsgerichts in Hefendehls Anwesen aufzuhalten pflegt. Der österreichische Rechtsextremist ist nach den bisherigen Ermittlungen verdächtig, seit 1993 an Briefbombenanschlägen in Österreich beteiligt gewesen zu sein, durch welche mehrere Personen schwer verletzt oder getötet wurden (Amtsgericht Coburg Gs 46/96). Das Landesgericht für Strafsachen Wien hatte deshalb am 7. Februar einen Hausdurchsuchungsbefehl für das Anwesen Hefendehls erlassen und die Staatsanwaltschaft Coburg um Durchführung gebeten (26 1 Vr 7531/95). Im Visier der Fahnder standen bei der Hausdurchsuchung u.a. „Typenradschreibmaschinen und -teile, Drucker, Textverarbeitungsanlagen samt Zubehör, geschichtliche Abhandlungen, insbesondere über die Türkenbelagerung Wien, die Geschichte der Bajuwaren, die Besiedlung Kärntens, Volksgruppen in Österreich, Adressenverzeichnisse.“

Braun, zeitweilig Mitarbeiter bei der neuheidnischen Zeitschrift „Pen Tuisko“, ehemals Aktivist der verbotenen österreichischen „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP), ist Autor der Schrift „Heidnisches Bekenntnis“, für die in der antisemitischen Vierteljahresschrift „Bauernschaft“ geworben wurde. Ebenso stammt aus der Feder Brauns ein unveröffentlichtes Manuskript mit dem Titel „Hinter den Kulissen des Dritten Reiches. Geheime Gesellschaften machen Weltpolitik“. Das verschwörerisch-esoterische Manuskript, das seit Jahren in einschlägigen Zirkeln kursiert, gehört zur Gattung der Thule-Literatur der 80er Jahre. „Väterlicher Freund“ von Braun war nach dessen Bekunden der zwischenzeitlich verstorbene Oberstleutnant a.D. Anton Sauer, der dem Freikorps Roßbach, der Organisation Consul und der

legendären Thule-Gesellschaft, einer Vorläuferorganisation der NSDAP, angehörte.

Hefendehl springt in der Februar-Ausgabe des „Scheinwerfers“ seinem Gesinnungskameraden Braun publizistisch zur Seite: „Dieser Mann, der technisch absolut eine Niete ist, hat mit Sicherheit nichts mit den Briefbomben zu tun.“ Anton Mengele

Ein Vorbild für Kameraden

Ein 27jähriger Neonazi, der in Recklinghausen einen abtrünnigen Gesinnungskameraden erschossen hatte, hat gestanden, vier weitere Menschen getötet zu haben. In seinen Geständnissen betonte er, zu seinen Taten vom Gott Odin aus der Germanen-Mythologie geleitet worden zu sein. Schon seit Jahren warnen Rechtsextremismus-Experten, daß heute die härtesten Rechtsextremisten unter den neugermanisch und deutsch-völkischen Gruppen zu suchen seien. Diese kämpften mit einem Elan, den nur religiöser Glaube vermitteln kann.

Thomas Lemke (geb. 31.07.1968) aus dem rheinischen Gladbeck, Söldner im kroatischen Bürgerkrieg, ist in Neonazi-Kreisen kein Unbekannter. Seit rund fünf Jahren meldet sich Lemke regelmäßig in den „Nachrichten“ der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) zu Wort. Seine Schreiben schließt er „mit verfassungsfeindlichem Gruß“ oder „Nordland erwache!“. Offen bekennt er in den HNG-Nachrichten: „Ich bin Nationalsozialist und werde es bleiben!“

Bei der HNG handelt es sich nach Erkenntnissen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes um den „mitgliederstärksten Zusammenschluß“ und das „wichtigste organisationsübergreifende Bindeglied im neonazistischen Spektrum.“ Die ca. 400 Mitglieder starke HNG betreut „nationale politische Gefangene im In- und Ausland“ und will über die „politische Verfolgung volksbewußter Deutscher“ informieren.

Im Juni 1992 wurde Lemke, der von Januar 1991 an wegen Bedrohung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und zwei Monaten und ab März 1992

eine weitere Jugendstrafe von einem Jahr und neun Monaten absaß, von seinen Kameraden zum „Gefangenen des Monats“ gekürt. In der Rubrik „persönliche Interessen“ führte er neben alten SA-Kampfliedern schon zu diesem Zeitpunkt Waffen auf.

Multiaktivist in der Szene

Nach eigenem Bekunden war Lemke Mitglied bei der „Deutschen Volksunion“ (DVU) des Münchner Pressezauners Gerhard Frey sowie bei den Organisationen „Nationale Sammlung“ (NS) und „Deutsche Alternative“ (DA). Letztere wurden von dem 1991 an Aids verstorbenen Michael Kühnen ins Leben gerufen. Zuletzt soll Lemke der zwischenzeitlich verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) angehört haben. Einschlägig vorbestraft ist der Neonazi wegen Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung, Führen einer Schusswaffe, Volksverhetzung, Sachbeschädigung sowie gemeinschaftlicher versuchter schwerer Brandstiftung. Eingestellt wurde ein Verfahren wegen Einfuhr und Verbreitung von Propagandamaterial der in Lincoln/Nebraska-USA ansässigen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- u. Aufbauarbeit“ (NSDAP/AO).

Auf Anregung des HNG-Gebietsbeauftragten Oldenburg/Hamm/Düsseldorf, des Holocaustleugners Erhard Kemper (Ex-Landesvorsitzender der FAP in Nordrhein-Westfalen), der unter dem Pseudonym „Germanicus“ in NS-apologetischen Postillen regelmäßig zur Feder greift, verfaßte Lemke in der „Gesinnungshaft“ eine Abhandlung für inhaftierte Kameradinnen und Kameraden. Wichtigstes Ziel, so Lemke, sei für jeden Kämpfer im Gefängnis der Leitgedanke: „Ich werde die Fahne niemals verraten!“

Die HNG-Schriftleitung über den fahrentreuen Kameraden: „Nehmt euch ein Beispiel am Kameraden Thomas Lemke!“

Lemke ist nicht der einzige Gewaltverbrecher aus den Reihen der HNG. Im Frühjahr letzten Jahres lieferte das damalige HNG-Mitglied, Peter Strüding, eine medienspektakuläre Gewalttat. Der im niedersächsischen Celle einsitzende Strüding nahm einen Vollzugsbeamten als Geisel und hielt mit einer Zickzackfahrt durch Niedersachsen die Polizei auf Trab.

Anton Maegerle

NPD im Netz

Seit Mitte März ist eine „nationale Internet-Seite“ aus dem bayerischen Augsburg per Mausklick abrufbar. Betreiber des Internet-Rundbriefes „Der Aufbruch“ sind Aktivisten und Anhänger der NPD und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Der Redaktion gehören Konrad Weber, Dietmar Köhler und Ernst Ellert an. Ellert ist nach Angaben der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) seit über 10 Jahren in neonazistischen Gruppen aktiv. Abrufbar sind per Internet-Rundbrief die aktuellen Telefon- und Kontonummern der rechtsextremen Nationalen Info-Telefone und Mailboxen in der Bundesrepublik. Hingewiesen wird auf die eigene Bibliothek des „revolutionären Nationalismus“. Grundlegende Werke von ideologischen Wegbereitern des Nationalsozialismus, wie Ernst Jünger und Arthur Moeller van den Bruck, werden zur Schulung angeboten. Vorerst stehen die Texte des „revolutionären Nationalismus“ jedoch nur als Textdateien zur Verfügung und müssen über ein Postfach in Augsburg bezogen werden. Auch der NPD-Rundbrief für Augsburg und Schwaben „Der Aufbruch“ kann abonniert werden.

Die jüngste Ausgabe (2/96) enthält u.a. ein Interview mit dem JN-Bundesvorsitzenden Holger Apfel. Aufgeführt sind in der „nationalen Internet-Seite“ in alphabetischer Reihenfolge NS-apologetische Postillen wie die „Huttenbriefe“, die „Nordische Zeitung“ und „Recht und Wahrheit“. Nicht fehlen darf in dieser Aufstellung auch „Nation + Europa“, das führende ideenpolitische Organ von Rechtsextremisten jeglicher Couleur. Vorgestellt wird die revanchistische Ewiggestrigen-Sekte „Vereinigte Ostdeutsche Länder“. Dieser Altherrenclub versteht sich als „ostdeutscher Exilstaat“ und unterhält eine eigene Regierung, an deren Spitze ein „Staatskanzler“ steht. Halbseitig wird für den Tonträgervertrieb von Jens Pühse (Freising/Bayern) geworben.

Nachzulesen ist im Internet-Rundbrief „Der Aufbruch“ auch eine aktuelle Erklärung der bayerischen NPD: Alle „nationalen Kräfte im deutschen Volk“ werden darin zum Zusammenschluß einer „Fundamentalopposition zur Rettung völkischer und natürlicher Lebensgrundlagen“ aufgerufen. Im Rahmen eines Projektes „Bündnis Deutschland“ sollen Republikaner, DVU-Anhänger, „jugendliche Aktionsgruppen“ und „unabhängige Individualisten“ zusammenfinden.

Feindbild „Weltjudentum“

PLO-Chef Jassir Arafat enthüllte in einem SPIEGEL-Interview (12/1996), daß Kontakte zwischen der islamischen Terrororganisation Hamas (wörtlich: Eifer, nach Interpretation der Organisation selbst; Mut und Tapferkeit) und Awischai Rawiw, dem Anführer der rechtsextremen israelischen Untergrundorganisation Ejal, aus der Rabins Mörder Jigal Amir hervorging, bestünden. Beide Seiten, so Arafat, sollen über einen Verbindungs-offizier auch untereinander Absprachen getroffen haben, um gemeinsame Aktionen zu unternehmen.

Noch nicht in der Öffentlichkeit bekannt ist bisher, daß Hamas-Abgesandte auf der Einladungsliste eines internationalen, konspirativ durchgeführten, Revisionismus-Kongresses vertreten waren. Organisiert wurde der Kongreß 1992 von dem in Schweden lebenden marokkanischen Journalisten Ahmed Rami, Europakorrespondent für die größte islamistische arabische Zeitung „Al Shaab“ („Das Volk“). Rami, der über mehrere Jahre hinweg den schwedischen Radiosender „Radio Islam“ betrieb, gilt als Bindeglied zwischen westeuropäischen und arabischen Holocaustleugnern. Eingeladen wurden zu dem Kongreß neben Hamas und Hisbollah („Stimme Gottes“) auch Vertreter der russischen Pamjat und japanische Revisionisten.

Rami, in Schweden rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilt, nahm im Vorfeld der Vorbereitung des Revisionismus-Kongresses auch an der Jahrestagung des US-amerikanischen „Institut for Historical Review“ (IHR), einem „Sammelbecken für Holocaust-Leugner, Neonazis, Deutschlandfanatiker, rechtsgerichtete Extremisten, Antisemiten, Rassisten und Verschwörungstheoretiker“ (Deborah E. Lipstadt) teil.

Über die revisionistischen Umtriebe von Rami, der von einer „westlichen Intifada gegen die Judenherrschaft“ träumt (Brief von Rami an Robert Faurisson, Symbolfigur des französischen Revisionismus, vom 28. April 1991), berichteten in der Bundesrepublik einschlägige Blätter wie „Nation + Europa“, die „Deutsche Rundschau“, „Remer-Depesche“, und „Recht und Wahrheit“. Sie alle sind sich mit Rami einig: „Man kann sagen, daß das organisierte Weltjudentum der einzige Gewinner des 2. Weltkrieges ist. ... Das organisierte Weltjudentum erlangte durch Auschwitz

eine nie dagewesene Freiheit zur unkontrollierten Machtentfaltung. Heute sitzen Juden an allen wichtigen Schalthebeln der Macht in den USA“ (Interview mit dem antisemitischen Hetzblatt „Deutschland Report“).

Friedrich Klein

Neuheidnische „Zeitwende“

Auf neuheidnischen Pfaden bewegt sich die Vierteljahreszeitschrift „Zeitenwende“ (Sitz: Dresden). Als Autoren treten u.a. Walter Drees, Mitglied der „Deutschen Gildenschaft“ und Pressebeauftragter der „Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftskunde e.V.“, sowie Ursula und Werner Haverbeck in Erscheinung. Haverbeck, einst NSDAP-Funktionär, Begründer und Leiter des „Reichsbundes Volkstum und Heimat“ (1933-1935) sowie Vertreter von Führer-Stellvertreter Rudolf Heß, war langjähriger Präsident und ist nun Ehrenpräsident des ultrarechten „Weltbundes zum Schutz des Lebens“ (WSL) sowie Mitunterzeichner des Überfremdungsängste schürenden „Heidelberger Manifestes“.

Ende Februar veranstaltete der „Freundeskreis Zeitenwende“ ein Seminar zur Arbeit von Hermann Wirth, gemeinsam mit der „Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftsurkunde e.V.“ (oder auch: „Hermann-Wirth-Gesellschaft“). Der niederländische Atlantis-Fan Wirth (1885-1981), ehemals SS-Hauptsturmführer und Freund von SS-Reichsführer Heinrich Himmler, war 1935 Mitgründer und Präsident des „Deutschen Ahnenerbes“, das der SS unterstand. Das SS-Ahnenerbe sollte u.a. esoterisch und urkulturell fundierte Grundlagen zur Aufzucht der arischen SS-Elite liefern. Bekanntester Schüler von Wirth ist Haverbeck.

Geworben wird in dem germanophilen Blatt „Zeitenwende“ auch für „Huginn und Muninn“, dem Organ der ebenfalls neuheidnischen „Arbeitsgemeinschaft für naturreligiöse Stammesverbände“ (ANSE). Mit einem Leserbrief in „Zeitenwende“ wartet Vera Stark, vom kanadischen Verein „KA-REFORM“ (für eine Werte-Reform), Autorin in einschlägigen Postillen wie „Bauernschaft“ und „HGN-Nachrichten“, auf.

Entpolitisierung durch Esoterik:

**Absage an die
Vernunft**

In der vergangenen BNR-Ausgabe (6/96 S.8 f) wurde auf die rassistischen Vorläufer des heutigen Esoterik- und New Age-Booms hingewiesen. In dem folgenden Beitrag zeigt der Autor auf, wie esoterische Weltanschauungen auch der Gegenwart noch vom Ideengut nationalsozialistischer Wegbereiter durchdrungen sind. Der einzelne Mensch wird zum Spielball spiritueller Kräfte und bar jeglichen kritischen Urteilsvermögens.

Angebote aus den Bereichen Esoterik und New Age machen mittlerweile zwölf Prozent des bundesdeutschen Bücherumsatzes aus. Es handelt sich hierbei mithin keinesfalls um ein Randphänomen. Verlässliche Daten über die soziale Zusammensetzung und die Motive derer, die esoterische Angebote wahrnehmen, gibt es bislang nicht. Es ist allerdings zu vermuten, daß es sich in der Mehrheit um Angehörige von Mittelschichtenmilieus handelt. Des weiteren ist anzunehmen, daß nur eine Minderheit der Nutzer von esoterischen Angeboten dies aus voller Überzeugung tut und ihr gesamtes Weltbild esoterischen Vorstellungen unterordnet. Die Mehrheit der Nachfrager dürfte zu den temporären bzw. selektiven Nutzern gehören.

Esoterische Vorstellungen heute arbeiten mit den Begriffen Natur und Ganzheitlichkeit. Alternativen zur Schulmedizin, pseudopsychologische Lebenshilfen, Astrologie, Kartenlegen, Wahrsagen und vieles mehr gehören zum umsatzstarken Repertoire. Das Angebot ist ungemein groß. Bücher, Zeitschriften und Kurse kreisen um die Vorstellungen vom Menschen, der die Einheit mit dem Kosmos anstrebt, der durch seinen „Astral-leib“ mit der „kosmischen Energie“ vernetzt ist und der in der Lage ist, alles zu erkennen, was über das esoterische Wissen hinaus geht, aber für sein Wesen von Bedeutung ist.

„Respiritualisierung der Gesellschaft“ als Ziel

In einem Lexikon über Esoterik findet sich folgende Definition: „Man kann Esoterik geradezu

mit der altgriechischen Wahrheit: ‘Erkenne dich selbst!’ umschreiben. Dieser ‘Weg nach innen’ will den Menschen durch das innere Tor und die Umwandlung zu einem neuen, höheren Bewußtsein führen. Nur durch die Loslösung von der äußeren Welt ist die Erkenntnis des Wesens des Menschen und die Vereinigung mit dem Absoluten oder Göttlichen möglich, das einer transzendenten, nur durch außergewöhnliche Bewußtseinszustände erfahrbaren Welt angehört. Eine solche Bewußtseins-erweiterung bzw. -veränderung einer möglichst großen Zahl von Menschen, was das Ziel der New-Age-Bewegung ist, verändert auch die Weltansicht, Spiritualität und die Denkmodelle der Wissenschaft.“(1)

Hier wird mit positiv besetzten Wörtern und Begriffen alles liquidiert, was die Sozialwissenschaften dem Mythos einst entzogen hatten. Das hier zugrundeliegende Menschenbild ist das der vorindustriellen Zeit. Der Mensch wird zum Spielball von Kräften, deren Geheimnisse nur Eingeweihten vertraut sind. Einen ursächlichen Zusammenhang zwischen den sozialen und politischen Verhältnissen und den Lebenswelten der Menschen gibt es nicht mehr.

Die Parallelen zu nationalsozialistischem Gedankengut sind offenkundig. NS-Chefideologe Alfred Rosenberg schreibt: „Geschichte und Zukunftsaufgabe bedeuten nicht mehr Kampf von Klasse gegen Klasse, nicht mehr Ringen zwischen Kirchendogma und Dogma, sondern die Auseinandersetzung zwischen Blut und Blut, Rasse und Rasse, Volk und Volk. Und das bedeutet: Ringen von Seelenwert gegen Seelenwert. Die rassistische Geschichtsbetrachtung ist eine Erkenntnis, die bald selbstverständlich sein wird (...) Aber die Werte der Rassenseele, die als treibende Mächte hinter dem neuen Weltbild stehen, sind noch nicht lebendiges Bewußtsein geworden. Seele aber bedeutet Rasse von innen gesehen. Und umgekehrt ist Rasse die Außenseite einer Seele.“(2)

Anleihe bei Hitler

Denjenigen, die diesen Vergleich als unangebracht kritisieren, weil ja bei den modernen Esoterikern von Rasse keine Rede sei, ist entgegenzuhalten: Was Rosenberg und andere NS-Apologeten mit heutigen Esoterikern verbindet, ist die Tatsache, daß ihr „Denken“ identisch ist. Beider Weltbild versperrt die Einsicht in gesellschaftliche Ursa-

chen dessen, was viele Menschen bedrückt. Und mehr noch: Weltanschauungen und Vorstellungen, die der Vernunft und nachprüfbareren Erkenntnissen der Wissenschaft keinerlei Bedeutung beimessen, öffnen der Unmenschlichkeit Tür und Tor. Der einzelne Mensch soll sich „spirituellen Mächten“ hingeben und sein kritisches Urteilsvermögen aufgeben. Was daraus werden kann, haben die Praktiken von Gurus und ihren Sekten in jüngster Zeit des öfteren verdeutlicht. Zu Bhagwan bemerkt das oben erwähnte Esoterik-Lexikon: „Interne Quereilen, die auch Straftaten seiner Mitarbeiter aufdeckten, führten dazu, daß B. 1985 die USA verlassen mußte und sich erst 1987 wieder in Poona niederlassen konnte.“ Kein Wort über die kriminelle Energie dieser Sekte und ihres Gurus, die „Straftaten seiner Mitarbeiter“ erinnern zudem an jenes Syndrom in Nazideutschland, das oft in die Worte „Wenn das der Führer wüßte“ gekleidet wurde.

„Wiedergeburt des heidnischen Menschen“

Etliche Esoteriker, und hier vor allem die Anhänger des Psychologen C.G. Jung machen gar kein Hehl aus ihrer Nähe zum Nationalsozialismus, sondern gehen offensiv damit um. Ihr Ziel ist die „Respiritualisierung der Gesellschaft“. Am 12.04.1989 sagt Rainer Langhans in der „taz“: „Spiritualität in Deutschland heißt Hitler. Und erst wenn du da ein Stück weiter bist, kannst du jenseits davon kommen, bis dahin aber mußt du das Erbe übernehmen. Wir müssen dieses Erbe von unseren Eltern übernehmen, nicht im Sinne dieses braven ausgrenzenden Antifaschismus, sondern im Sinne einer Weiterentwicklung dessen, was da von Hitler versucht wurde...“

Der explizite Bezug auf Hitler ist in der Tat selten, was jedoch keineswegs einer Entwarnung gleichkommen kann, denn der Rückgriff auf ideologische Wegbereiter des Nationalsozialismus findet sich schon wesentlich häufiger, was zumeist auch nicht als verwerflich angesehen wird. Insbesondere das Gedankengut des Adolf Lanz (Jörg Lanz von Liebenfels, wie er sich selbst nannte), Begründer der „Ariosophie“ und damit einer der Urheber der nationalsozialistischen Rassenideologie, ist nach wie vor aktuell:

„Und auch die Okkultismus- und New Age-Bewegung heute ist nicht frei von Liebenfels'schem Gedankengut. So ist der Eintritt der Erde in das

Sternbild des Wassermanns und die Erwartung eines 'bildlichen oder realen Wiederauftauchens der Insel Atlantis' und die Wiedergeburt des heidnischen Menschen fester Bestandteil faschistischer 'Geheimlehren'. In Büchern wie 'Methodische Anleitung' zum Okkultismus', 'Die okkulte Bedeutung der Edelsteine' oder der 'Seelen-Telegraph' werden von Lanz Thesen verbreitet, wie sie auch heute noch fast unverändert in esoterischen Buchhandlungen zu finden sind. Und in dem Verlag einer Münchner 'Arbeitsgemeinschaft für Religions- und Weltanschauungsfragen' wurden 1980 unter pseudowissenschaftlichen Deckmäntelchen die Thesen des 'Meisters' unter dem Titel 'Jörg Lanz von Liebenfels, Praktische Einführung in die arisch-christliche Mystik' neu aufgelegt.(3)

„Eine brisante Mischung“

Esoterik ist folglich keine harmlose Freizeitbeschäftigung, sondern ein aktiver Faktor der Entpolitisierung. Daß darüber hinaus eine allzu offensichtliche Nähe zu nationalsozialistischen und faschistischen Vorstellungen existiert, sollte allen zu denken geben, die dieses Phänomen bislang keiner kritischen Prüfung unterzogen haben. Sich all das vor Augen haltend, kann man nur mit Rene Freund zu folgendem Schluß kommen:

„Auch wenn der Okkultismus in seinen verschiedenen Formen vielleicht menschliche Bedürfnisse erfüllt, seine Vermengung mit der Politik, das hat die Geschichte gezeigt, ergibt eine brisante Mischung.“(4)

Es ist deshalb geboten, der Esoterik die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen. In Zeiten extremer sozialer Ungleichheit muß der Entpolitisierung breiter Bevölkerungsschichten Widerstand entgegengesetzt werden.

Thomas Ewald

- (1) Marc Robert. Das neue Lexikon der Esoterik. Wien 1995
- (2) Alfred Rosenberg. Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts. München 1943/7. Aufl.
- (3) Herrmann Wilhelm. Dichter, Denker Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921. Berlin 1989, S. 38
- (4) Rene Freund. Braune Magie? Okkultismus, New Age und Nationalsozialismus. Wien 1995

Die Polizei und die Fremden

Nach mehreren einzelnen fremdenfeindlichen Übergriffen von Polizeibeamten regte die Innenministerkonferenz im Oktober 1994 ein Forschungsprojekt an, das sich mit den Ausdrucksformen und Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus innerhalb der Polizei beschäftigen sollte. Beauftragt wurde damit einerseits der Münsteraner Psychologe Manfred Bornewasser und andererseits der Trierer Soziologe Roland Eckert, die eigene Projekte durchführten. Ziel war es dabei nicht, quantitative Aussagen über die Verbreitung von ausländerfeindlichen Einstellungen bei Polizeiangehörigen zu ermitteln, sondern mit einem qualitativen Verfahren die Hintergründe und Ursachen fremdenfeindlichen Verhaltens zu ermitteln. Dazu wurden 115 Polizisten aus sechs Bundesländern in Workshops zum Zusammenhang zwischen alltäglichen Belastungen im Dienst und Gefährdungen im Umgang mit Angehörigen ethnischer Minderheiten befragt. Die Meldungen dazu erfolgten auf freiwilliger Basis. Anspruch auf eine repräsentative Zusammensetzung der Teilnehmer hegte man also nicht. Dies führt - da es sich um eine qualitative, keine quantitative Untersuchung handelte - nicht notwendigerweise zu Verzerrungen bei der Auswertung.

In den jeweiligen Projektberichten stellen Bornewasser bzw. Eckert die Grundkonzeption der von ihnen durchgeführten Untersuchung vor, liefern einen Überblick zu den ermittelten Symptomen und Problemursachen mit Bezug auf die konkreten Belastungssituationen und fassen die sich ergebenden Lösungsansätze in Richtung auf ein personales und strukturelles Entwicklungskonzept zusammen. Jeweils gesondert werden Inhalt und Ergebnis der Workshops mit exemplarischen Stellungnahmen referiert.

„Stellvertretende Opfer von Aggressionen“

Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß Polizeiangehörige im Dienst gefährdet sind, „übertrieben harte Eingriffe und fremdenfeindliche Übergriffe vorzunehmen. Diese Gefährdung resultiert weniger aus der direkten Begegnung mit dem fremden Tatverdächtigen, also aus Vorurteilen... Die Gefährdung leitet sich vor allem aus den internen

Spannungen und Verwerfungen in den Behörden und im Kontakt mit externen Behörden ab. Bedingt durch diese Spannungen ist gerade der Fremde mit seiner geringen sozialen Beschwerdemacht bedroht, stellvertretend zum Opfer von Aggressionen zu werden“ (S. 41). Es handele sich bei fremdenfeindlichen Übergriffen weder „um ‘bloße Einzelfälle’ noch um ein ‘systematisches Verhaltensmuster der Polizei’, sondern um die „Kumulation von Belastungen in Ballungszentren mit hoher illegaler Einwanderung und Kriminalität sowie bei Großeinsätzen gegen verbotene Demonstrationen ... Insbesondere die Erfolgs- und Folgenlosigkeit des alltäglichen und allnächtlichen Handelns, die innerbetriebliche Tabuisierung der Konflikte und aggressiven Emotionen, die mit Ausländern zu tun haben, und die mangelhafte justitielle Verarbeitung von Anzeigen sind es, die die Beamten auf der Straße am Sinn ihres Handelns zweifeln lassen“ (S. 146). Daraus resultiere einerseits Resignation, andererseits aber auch der Hang zu „Ersatzjustiz“ im Sinne der Übergriffe. Die Analyse macht darüber hinaus deutlich, „daß nur strukturelle Veränderungen in Verbindung mit Personalentwicklungsmaßnahmen dazu beitragen können, die gegenwärtig unbefriedigende Situation zu beheben“ (S. 42). Die Probleme im Umgang mit Ausländern sollten innerhalb der Polizei „enttabuisiert“ und ständig zum Gegenstand vertrauensvoller Erörterung zwischen Polizisten im Einsatz und ihren Vorgesetzten gemacht werden. Der Studie kommt insbesondere das Verdienst zu, die unterschiedlichen Belastungssituationen und deren Folgewirkungen im individuellen Verhalten der Polizeiangehörigen systematisch erfaßt und in einen Handlungszusammenhang gebracht zu haben. Dadurch entsteht ein informatives Bild von der Alltagswahrnehmung der überforderten Beamten, insbesondere in den Problemrevieren. Abhilfe schaffen können hier in der Tat nur grundsätzliche und strukturelle Veränderungen, die aber an ihre finanziellen Schranken stoßen dürften. Zur Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen bei Polizeiangehörigen will die Studie aufgrund ihrer methodischen Anlage nichts sagen, dahingehende Rückschlüsse können daher nicht gezogen werden.

(Bibliographische Angaben: Manfred Bornewasser/Roland Eckert, Belastungen und Gefährdungen von Polizeibeamtinnen und -beamten im alltäglichen Umgang mit Fremden. Abschlußbericht zum Projekt „Polizei und Fremde“, Münster/Trier 1995, unveröffentlichtes Manuskript)

Armin Pfahl-Traugher

BÜCHERSCHAU

Nur Opfer und Gegner

„Schwieriges Erbe“ nennt der Campus-Verlag die Dokumentation einer Veranstaltung aus Anlaß des 125-jährigen Bestehens der jüdischen Gemeinde Salzburg im November 1993; sie war dem historischen Verlauf der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den drei Nachfolgestaaten des Großdeutschen Reiches - die Bundesrepublik Deutschland und Österreich sowie die DDR - gewidmet. Auch wenn es nicht möglich war, die Beiträge aller Referenten zu dokumentieren, ergibt sich aus den Referaten von 20 Experten aus Geschichts- und Sozialwissenschaft der betroffenen Länder, ferner aus Israel und Großbritannien, ein erstaunlich facettenreicher und komprimierter Überblick, der mehr ist als nur die Nachzeichnung historischer Verläufe, der vielmehr in die Gegenwart hineinreicht und den Nachvollzug von aktuellen Einstellungen in Politik und Gesellschaft ermöglicht.

Der wichtigste Beitrag dürfte dabei die Analyse von Agnes Blänsdorf zur Einordnung der NS-Zeit in das Geschichtsbild der drei Staaten sein. Es zeigt sich, daß in seltener Eintracht in Österreich die Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ von Anbeginn für ihr Land dieses eingangs angeführte Erbe ausgeschlagen haben, indem sie sich in verblüffender Vereinfachung als das erste Opfer der Hitler-Aggression definierten. Auf diese Weise konnte das Land sich nicht nur nonchalant über seinen eigenen Beitrag zum europäischen Antisemitismus ebenso hinwegsetzen wie den zur NS-Ideologie, sondern fast mühelos die zahlreichen Alt-Nazis integrieren, Entschädigungsforderungen abweisen und die geschichtliche Aufarbeitung umgehen. Eindrucksvoll ist der weiterführende Text von Margit Reiter, wie beispielsweise die KPÖ den Spagat zwischen Antifaschismus und nationalistischem Patriotismus bewerkstelligte. Erst in der Waldheim-Debatte (1986) wurde das amtlich verordnete Geschichtsbild brüchig, es dauerte aber noch mehrere Jahre, ehe Bundeskanzler Vranitzky

sich 1991 zu einer Erklärung der österreichischen Regierung zur Mitverantwortung im Stande sah. Vertieft wird diese Entwicklung im Beitrag von Richard Mitten über die SPÖ dargestellt, den dieser unter das von Karl Renner ausgegebene Motto stellt, die Sühne für Alt-Nazis „möglichst milde zu gestalten“. Eine erstaunliche Parallelität wies nach der Gründung der DDR dort die Diskussion auf. Ab 1945 war zunächst der Nationalsozialismus als Ergebnis von Fehlentwicklungen seit dem Mittelalter gesehen worden (Walter Ulbricht, Alexander Abusch), eine These, wie sie in der westdeutschen Historiographie auch von Gerhard Ritter oder Friedrich Meinecke vertreten wurde. Mit der Gründung der DDR 1949 schloß das Selbstverständnis vom antifaschistischen Staat ohne Kontinuität zum Deutschen Reich zunächst (wie in Österreich) jede selbstkritische Befassung mit der eigenen Vergangenheit aus (eingehend dazu der Beitrag von Lothar Mertens über die SED). Freilich ist deutlich zu machen, daß zunächst die strafrechtliche Aufarbeitung wesentlich gründlicher (und brutaler) verlief als auch in Westdeutschland. Erst 1960 begann eine taktisch motivierte Auseinandersetzung, die unter Honecker mit der offensiven Zuwendung zur jüdischen Welt in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ihren logischen Abschluß fand (nicht erst, so Mertens, in der Folge des Herbstes 1989). Nachzugehen wäre sicherlich der Frage, wie im Zuge der sogenannten „Erberezeption“ stückweise alle die Geschichtsfiguren für das DDR-Staats- und Geschichtsbewußtsein dienstbar gemacht wurden, an denen in der Zeit vor der DDR-Gründung die Fehlentwicklung in Richtung NS festgemacht worden war. Beklemmend ist in den Einzelbeiträgen von Lothar Mertens und Peter Maser (Jüdische Gemeinden in der DDR) nachzulesen, wie in der Folge des Slansky-Prozesses eine antisemitische Grundströmung in Gang gesetzt wurde, die zur zweiten Austreibung der Juden führte und nur durch den Tod Stalins auslief; die Zahl der Juden in der DDR ging in der Folge von 4.500 (1946) auf gerade 300 beim Ende der DDR zurück. Die Bundesrepublik Deutschland hatte nicht die Chance, sich der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus so unelegant zu ent-

ziehen, bezog sie doch in ihren Gründungsakt ausdrücklich die negativen Erfahrungen aus ihrer Vorzeit ein. Daß dies nicht widerspruchsfrei geschah, machen die personellen und ideologischen Kontinuitäten deutlich. Uta Schmidt zeigt etwa in ihrem Beitrag über die CDU, wie dort im bürgerlichen Widerstand entstandene Gesellschaftsmodelle aus taktischen Überlegungen an den Rand gedrängt und eine nach vorn gerichtete Strategie der Machtsicherung - unter Einbeziehung ehemaliger Nazis und einer in der Frühzeit nationalistischen FDP - die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erschwerte. Wie nun endlich immer wieder die bundesdeutsche Gesellschaft zwischen dem Versuch, sich zu entlasten oder durch Schlußstriche die Debatte abzuwürgen, und der ehrlichen Auseinandersetzung schwankte, ist

bekannt. Das wird in Werner Bergmanns Medienanalyse zum Bitburg-Vorgang exemplarisch dargestellt.

Hinzuweisen ist besonders noch auf die Darstellung der verhängnisvollen Rolle der österreichischen Burschenschaften (Michael Gehler) und die von Yeschayahu A. Jelinek zum schwierigen und widersprüchlichen Verhältnis zwischen den internationalen jüdischen Organisationen und den westdeutschen jüdischen Gemeinden.

Insgesamt ein sehr empfehlenswertes Buch. Werner Bergmann, Rainer Erb, Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Campus-Verlag, Frankfurt. New York, 1995 435 Seiten.

Klaus Henning Rosen

Der „verbrannten Dichter“ gedenken

Fast zeitgleich mit der offiziellen Übergabe der Benefiz-CD „Die verbrannten und verbannten Dichter“ an den Bundespräsidenten in seinem Berliner Amtssitz durch Hans Joachim Schädlich und Jürgen Serke erläuterten die Initiatoren der gleichnamigen Stiftung, die Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft und das P.E.N. Zentrum deutschsprachiger Autoren, ihr Vorhaben der Bonner Presse. Ziel ist der Aufbau eines „Centrums für die verfolgten deutschsprachigen Dichterinnen und Dichter“, das als Begegnungs- und Forschungsstätte zur Auseinandersetzung mit deutscher Vergangenheit und Gegenwart geplant ist. Hier will man die 12500 Buchtitel, die im Dritten Reich verbrannt oder verboten wurden, der Öffentlichkeit zugänglich machen, ergänzt durch Dokumentationen über das Schicksal von Autor und Werk; auch der Bücher übrigens, die in der DDR zensiert oder verboten wurden. Dabei gehe es jedoch nicht um Gleichsetzung, sondern um Vergleichen.

Die Stiftung, deren Gründungsauftrag von über fünfzig Autoren unterzeichnet wurde, wird sich weitgehend aus Spenden finanzieren. Einen Beitrag dazu liefert die bei Emi herausgekommene CD, die ab 15. März im Handel ist (ca. 30 Mark): 14 Liedermacher und Bands haben gratis je einen ihrer Titel zur Verfügung gestellt, darunter BAP,

Reinhard Mey, Wolf Biermann, Ina Deter, Klaus Lage, Wolf Maahn, Klaus Hoffmann, Annette Humpe. Vorworte zum Booklet stammen von Ignatz Bubis, Reiner Kunze und Jürgen Serke; fünf Mark von jeder verkauften CD gehen an die Stiftung.

Theo Meier-Ewert

HINWEIS:

Köln - Die Költnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit führt gemeinsam mit der Buber-Rosenzweig-Stiftung und der Stadtbibliothek Köln vom 22.-24. April (Montag bis Mittwoch) ein Symposium zu dem Thema „Der Anfang nach dem Ende - Jüdisches Leben in Deutschland 1945-1995“ durch. Veranstaltungsort ist das Auditorium des Museum Ludwig/Wallraf-Richartz-Museum in KÖln. An dem Symposium werden zahlreiche prominente Persönlichkeiten teilnehmen; darunter Ignatz Bubis, Oberrabbiner Prof. Albert Friedlaender, London, Prof. Alphons Silbermann, Köln, Prof. Hans Mayer, Tübingen, Ruth Galinski, Berlin, Michel Friedmann, Frankfurt, Ralph Giordano, Günther B. Ginzel, Köln, neben anderen. Die Schirmherrschaft hat Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth übernommen. Anmeldung bei: Költnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Kämmergasse 1, 50676 Köln, Tel. 0221/2401090, Fax - /238340.

Tagebuch

Bad Dürkheim - Am Samstag, den 23. März führte die NPD im rheinland-pfälzischen Bad Dürkheim ihren lange angekündigten Sonderparteitag mit rund 250 Teilnehmern durch. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde der bayerische Landesvorsitzende Udo Voigt (44) gewählt. Voigt, er trat bereits 1968 der NPD bei, behielt in einer Stichwahl gegen den im vergangenen Herbst abgesetzten Günter Deckert (56) mit 88 zu 86 Stimmen denkbar knapp die Oberhand. Deckert, der in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal (Kreis Karlsruhe) eine zweijährige Haftstrafe absitzt, konnte aus naheliegenden Gründen an dem Parteitag nicht teilnehmen. Der Veranstaltungsort war von der NPD geheimgehalten worden. In den vergangenen Monaten fanden in Bad Dürkheim verschiedene Konzertveranstaltungen mit Musikgruppen aus der rechtsextremen Skin-Szene statt. Zuletzt wurde Anfang März ein Konzert, das als NPD-Wahlveranstaltung angekündigt war, mit mehreren hundert Teilnehmern durchgeführt.

Bad Dürkheim - Im rheinland-pfälzischen Bad Dürkheim fand jüngst das diesjährige Jahrestreffen der 1979 gegründeten „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) statt. Anwesend waren ca. 260 Kameraden, darunter Siegfried Borchardt (Ex-FAP-Funktionär) und Edda Schmidt, die im baden-württembergischen Bisingen das nationalsozialistisch ausgerichtete „Antiquariat Schmidt“ betreibt. Hauptredner war Wolfgang Juchem, Vorsitzender der 1977 gegründeten „Aktion Freies Deutschland“ (AFD).

Budapest (Ungarn) - Übergriffe gegen Menschen anderer Hautfarbe oder Nationalität aus rassistischen Gründen können in Ungarn künftig mit Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren bestraft werden, Hetze gegen bestimmte Volksgruppen bis zu drei Jahren. Das ungarische Parlament hat die Gesetze gegen rassistisch motivierte Straftaten verschärft. Erst vor wenigen Wochen waren zwei Rechtsextremisten von der Anklage der Verwendung nazistischer Symbole und der Volksverhetzung freigesprochen worden. Sie hatten sich öffentlich für die Rehabilitierung der faschistischen Pfeilkreuzler eingesetzt, die im Zweiten Weltkrieg an der Ermordung der ungarischen Juden beteiligt waren. Der Prozeß gegen den führenden Rechtsextremisten Albert Szabo wurde von einem Budapester Gericht niedergeschlagen,

da die Beweise nicht ausreichten. Szabo hatte öffentlich den Holocaust an den ungarischen Juden angezweifelt. Rund 2.000 Menschen demonstrierten gegen diese Entscheidung des Gerichts.

Düsseldorf - Der „Republikaner“-Funktionär Jürgen Heydrich darf in seinem Amt als Bibliotheksdirektor verbleiben. Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hat die von der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) verfügte Dienstenthebung des Dezernenten des Kölner Hochschulbibliotheksentrums aufgehoben. Heydrich, Landesvorstandesmitglied der NRW-„Republikaner“ hatte 1994 bei der Europawahl und der Bundestagsliste für die REP kandidiert. Die Landesregierung sah in diesem öffentlichen Engagement für die rechtsextremistische Partei einen Verstoß gegen die Dienstpflichten eines Beamten.

Hamburg - Im neonazistischen Mailbox-Netz „Thule“ wird zum Besuch des laufenden Prozesses gegen Gary Rex Lauck in Hamburg aufgerufen. Lauck gilt in dem Solidaritätsappell als „POLITISCH VERFOLGTER“.

Hamburg - Das Berufungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen den Vorsitzenden der „Deutschen Konservativen“ Joachim Siegerist (49) und den Geschäftsführer der Vereinigung Uwe Hempen (50) muß auf nächsten Herbst verschoben werden. Hempens Verteidigerin hatte aufgrund Meinungsverschiedenheiten mit ihrem Mandanten ihr Mandat kurzfristig niedergelegt. Die beiden Ultrarechtspolitiker waren im April 1994 vom Amtsgericht Hamburg wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Beleidigung verurteilt worden. Siegerist, der seit Ende 1992 die lettische Staatsbürgerschaft besitzt und in Lettland als Politiker aktiv ist, erhielt 18 Monate und Hempen acht Monate Freiheitsstrafe. Beiden wurde zur Last gelegt, in zwei Rundschreiben der „Deutschen Konservativen“ 1992 (Auflage jeweils mindestens 17.000 Stück) Roma und Sinti pauschal als „übles, kriminelles Pack“ beschimpft zu haben. Sowohl die Angeklagten als auch die Staatsanwaltschaft hatten gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt.

Hilleröd (Dänemark) - Ein neonazistischer Versandhandel, der im dänischen Hilleröd unter der Bezeichnung „NS 88“ residiert, bietet als Attraktion derzeit einen „hochqualitativen Gipsabguß“ des „Führers“ Adolf Hitler zum Preis von 88 Mark an. Kommentar der Kameraden: „Ein schönes Kunst-

stück für die Wand eines jeden wahren Nationalsozialisten“. Im Angebot finden sich neben zahlreichen neonazistischen Flaggen wie z.B. Hakenkreuz, Waffen-SS, Odal-Rune und Odin, auch neonazistische CDs von Skin-Bands wie „Commando Pernod“ und „Landser“.

München - Bei den bayerischen Kommunalwahlen am 10. März d.J. mußten die „Republikaner“ bis auf wenige Ausnahmen durchwegs Einbußen hinnehmen; ihr Stimmenanteil sank landesweit auf 1,8 Prozent (1990 5,3 Prozent). Ihre besten Ergebnisse holten sie mit 15,6 in Füssen, in Kolbermoor mit 14,7 Prozent und im Landkreis Dillingen mit 13,2 Prozent. In ihrer einstigen Hochburg Rosenheim verloren die REP 4,1 Prozent und stellen mit 7,7 Prozent jetzt nur noch drei Stadträte. In der Landeshauptstadt München erzielten die REP mit einem Ergebnis von 2,1 Prozent nur mehr ein Mandat (1994: 5,1 Prozent und vier Sitze). In den kreisfreien Städten und Gemeinden und den Kreistagen holten die REP insgesamt 74 Mandate (1990: 255 Sitze). Über fünf Prozent kamen sie in folgenden Landkreisen: Dachau (5 Prozent, 3 Mandate), Erding (5,3 Prozent, 3 Mandate) und Rosenheim (5,3 Prozent, 3 Mandate). In der Stadt Schweinfurt erzielten die REP 5,1 Prozent und 2 Mandate.

Die rechtsextremistische NPD/Bürgerinitiative Ausländerstopp war im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz angetreten und erzielte dort ein Ergebnis von 2 Prozent und einen Sitz.

Der rechtslastige „Bund freier Bürger“ (BfB) konnte in der Landeshauptstadt München einen Stimmenanteil von 3,3 Prozent und zwei Mandate im Stadtparlament für sich verbuchen. In Ingolstadt kam der BfB auf 2,4 Prozent und ein Mandat. Keinen Sitz erringen konnte die Brunner-Partei dagegen in Augsburg, wo sie ebenfalls angetreten war, mit einem Ergebnis von 1,0 Prozent.

München - Der britische „Historiker“ David Irving darf sich nicht in Deutschland aufhalten. Das Verwaltungsgericht München bestätigte jetzt die unbefristete Ausweisungsverfügung, die die Stadt München am 9. November 1993 gegen Irving verhängt hatte. Irving, gerngesehener Redner bei Veranstaltungen der rechtsextremistischen „Deutschen Volksunion“ des Dr. Frey, aber auch neonazistische Kreise nicht scheuend, wollte am 9. November 1993, dem 55. Jahrestag der Reichspogromnacht, vor einschlägigem Publikum in München auftreten. Gegen seine Ausweisung aus Deutschland hatte Irving geklagt.

New York/USA - Detailliertere Informationen über Rechtsextremisten im Internet bieten die Broschüren „The Web of Hate. Extremists exploit the Internet“ und „Research Report. Hate Group Recruitment on the Internet“. Die Broschüren sind bei der „Anti-Defamation League“ (ADL), 823 United Nations Plaza, New York, NY 10017 USA zu beziehen.

Paris (Frankreich) - Im vergangenen Jahr sind in Frankreich sieben Menschen aus rassistischen Motiven getötet worden, darunter sechs Nordafrikaner. Dies geht aus einem Bericht der von der Regierung beauftragten Menschenrechtskommission CNCDH hervor. Treibende Kräfte der rassistischen Gewalt sind nach diesem Bericht Anhänger des rechtsextremistischen Front National und der Skinhead-Bewegung. Für das Jahr 1994 war lediglich ein Todesopfer rassistischer Gewalt zu beklagen gewesen.

Recklinghausen - Sympathie für rechtsextremistische Parteien wie NPD und „Republikaner“ zeigt der Herausgeber des revanchistischen Wochenblatts „Der Schlesier“. Auf Vorwürfe seiner Leserschaft, daß im „Schlesier“ Anzeigen von diesen Parteien abgedruckt würden, kontert Ilgner (Ausgabe vom 15. März 1996), „daß die betreffenden Parteien sich immer zur Ostdeutschland bekannt haben und dies auch heute tun“. Zur Untermauerung dieser wohlwollenden Bekundung veröffentlichte der „Schlesier“ in der darauffolgenden Ausgabe eine Anzeige für das NPD-nahe „Freundschafts- und Hilfswerk e.V.“ aus Bad Bevensen.

Regensburg - Die am 27./28. April 1991 als rechte ÖDP-Abspaltung gegründeten „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ feierten im Kneitingerkeller in Regensburg ihr 5jähriges Bestehen. Zur Ehrenvorsitzenden des ca. 400 Mitglieder umfassenden Verbandes wurde die 71jährige Margot Lauschke gekürt. Für die „Bayernpartei“ überbrachte deren Landesvorsitzender, Hubert Dorn (Autor in „Wir Selbst“ und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“), ein Grußwort. Als Referent war Friedrich Romig (Autor in der „Jungen Freiheit“, „Criticon“, „Aula“) zugegen.

Rodach-Sülzfeld (Bayern) - In der aktuellen Ausgabe der Neonazi-Postille „Der Scheinwerfer“, herausgegeben von Eberhard Hefendehl aus Rodach-Sülzfeld in Bayern, greift u.a. der rechtsextreme Leserbriefschreiber Detlef von Seggern (Pforzheim) zur Feder. Des weiteren findet sich als

Adresse:

Autorin Renate Stahlschmidt (Düsseldorf), notorische Nationalsozialistin, die regelmäßig bei Revisionistenkongressen in Westeuropa (z.B. Lesertreffen der „Bauernschaft“, Tagungen des „Kulturwerkes Österreich“) zugegen ist. In einem offenen Brief beschimpft Horst Zaborowski (Duisburg), Bundesvorsitzender des revanchistischen „Bund für Gesamtdeutschland. Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft DIE NEUE DEUTSCHE MITTE“ (BGD), Bundespräsident Roman Herzog, den er als „Schreibtischtäter“ diffamiert und ihn „aus Fürsorge um unser Land“ zum Rücktritt auffordert. Mit Anzeigen wartet in der Februar-Ausgabe des „Scheinwerfers“ u.a. der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB) auf, der für sein Organ die „Vorderste Front“ wirbt.

Schwarzenborn (Knüll/Hessen) - Manfred Roeder, Ex-CDU-Mitglied und einst Rädelsführer der 1980 gebildeten terroristischen Vereinigung „Deutsche Aktionsgruppen“ (DA), die mehrere, vor allem gegen Nicht-Deutsche gerichtete Bombenanschläge verübte, verschickt seit einigen Wochen weltweit die von ihm erstellten „95 Thesen zum Lutherjahr“. Unter Punkt 74 ist zu lesen: „Wenn prominente jüdische Persönlichkeiten auch fünfzig Jahre nach dem Krieg betonen, daß Vergeltung weder erbeten noch gewährt werden kann, dann verbietet es uns die Selbstachtung, weiter um Versöhnung zu buhlen.“ Anlaß für das Machwerk von Roeder liefert der 450. Todestag von Luther.

Uckfield/East Sussex (England) - Die dritte Ausgabe des revisionistischen „National-Journals. Das deutsche Info-Magazin“, (Druck: Uckfield/ East-Sussex), das von den „Freunden im Ausland“, einem Unterstützerkreis des Holocaust-Leugners Otto Ernst Remer, (DFiA) herausgegeben wird, ist erschienen. Orakelt wird in dem Blättchen, für das ein Thomas Brookes verantwortlich zeichnet, ob der israelische Geheimdienst hinter den Brandanschlägen gegen Ausländer in der Bundesrepublik steht. Ähnliche Verschwörungstheorien vertrat jüngst der nach Spanien geflüchtete Neonazi Gerd Honsik, der den Mossad hinter der österreichischen Briefbombenserie vermutet. Dem „National-Journal“ lag ein Schreiben von einem Ernst Strack (DFiA) bei, in dem dieser, vorausgesetzt die finanziellen Mittel sind vorhanden, die Einspeisung des „National-Journals“ ins Internet angekündigt.

Vlotho (Nordrhein-Westfalen) - Durchsucht wurden jüngst die Geschäfts- und Privaträume von Udo Walendy, Inhaber des Verlags für Volkstum

und Zeitgeschichtsforschung (Sitz: Vlotho). Beschlagnahmt wurden u.a. Hefte aus Walendys revisionistischer Reihe „Historische Tatsachen“ und Machwerke wie „Mein Kampf“ (Adolf Hitler) und der „Auschwitz-Mythos“ (Wilhelm Stäglich). Nach Eigenangaben von Walendy, Mitbegründer der NPD, sind bei ihm derzeit drei Prozesse anhängig. Ein für dieses Frühjahr traditionsgemäß geplantes Lesertreffen will Walendy nicht durchführen: „Die Prozesse müssen erst ausgestanden sein. Man muß für öffentliches Auftreten den Rücken frei haben.“

Wien (Österreich) - Die von Gerhard Baumgartner gegründete rechtsextreme Zeitschrift „Die Umwelt“, die von Hemma Tiffner (Wien) herausgegeben und verlegt wird, erscheint nunmehr bereits im 25. Jahrgang. Hauptsächliche Inhalte sind die Infragestellung und Leugnung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen sowie die positive Darstellung hoher NS-Funktionäre. Der Titel der Zeitschrift muß, so das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), aufgrund mangelnder ökologischer Schwerpunktsetzung als „Etikettenschwindel“ bezeichnet werden.

Wien/Klagenfurt - Der Rechtspopulist Jörg Haider muß sich wegen seiner Rede, die er am 30. September vergangenen Jahres vor SS-Veteranen am Rande des Ulrichsbergtreffens bei Klagenfurt gehalten hatte, nicht vor Gericht verantworten. Das gegen den Vorsitzenden der „F“-Bewegung eingeleitete Verfahren wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung wurde von der Staatsanwaltschaft Wien, wie schon zuvor von der Staatsanwaltschaft Klagenfurt, eingestellt. Gegen Haider war Anzeige erstattet worden, da er in seiner erwähnten Rede die Waffen-SS ausdrücklich gelobt hatte.